

Anlage 1 zum Protokoll der 4. Sitzung
des Ausschusses für Außenhandelsfragen

Stenographisches Protokoll
der Ausführungen des
Bundesministers für Wirtschaft Dr. Dr. h.c. Erhard
in der 4. Sitzung
des Ausschusses für Außenhandelsfragen
Bonn, Dienstag, den 2. Februar 1954, 15 Uhr

- - - - -

Tagesordnungspunkt: Bericht der Bundesregierung zur
Außenhandelspolitik.

Dr. Dr. h.c. Erhard, Bundesminister für Wirtschaft: Meine Herren! Ich habe heute morgen den Vortrag gelesen, den Ihnen Herr von Helldorn kürzlich gehalten hat. Ich glaube, ich sollte diesen Ausführungen gar nichts Besonderes mehr hinzufügen; denn - das ist bei der langen Zusammenarbeit auch nicht verwunderlich, sondern eigentlich selbstverständlich - wir sind in allen wesentlichen Dingen der gleichen Meinung.

Ich halte es für das Beste, wenn ich dieser handelspolitischen Betrachtung etwas über meine Vorstellungen bezüglich der Frage der Konvertierbarkeit anfüge, und zwar über den Stand des Problems, so, wie es sich im Augenblick darstellt und wie es sich in der nächsten Zukunft möglicherweise entwickelt. Handelspolitik und Wirtschaftspolitik unter dem spezifischen Aspekt der Befreiung des internationalen Zahlungsverkehrs gehören so unmittelbar zusammen, daß das eine ohne das andere heute kaum mehr denkbar ist. Ich darf dabei auf die jüngsten Vorläutbarungen der Bank deutscher Länder verweisen, aus denen hervorgeht, daß wir im Zuge einer immer stärkeren Befreiung stehen.

DB 1796 - 3.54

- 2 -
DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCE METHOD EXEMPTION 3B2B
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2008

Tagesordnung

Bericht des Herrn Bundesministers für Wirtschaft
über die Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt.

Beginn der Sitzung: 16,25 Uhr.

Auf die Bitte des Vorsitzenden nimmt Herr Bundesminister Prof. Dr. Erhard das Wort zu einem Bericht über die Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Die Ausführungen des Herrn Bundesministers sowie die anschließende Diskussion sind aus der Anlage zu diesem Protokoll ersichtlich.

Im Anschluss an die Tagesordnung gibt der Vorsitzende bekannt, dass in der laufenden Legislaturperiode folgende gesetzgeberischen Maßnahmen, die im Ausschuss zu behandeln wären, in Frage kommen könnten:

- a) Neuregelung der Emissionsgenehmigungen nach § 795 BGG,
- b) Gesetz zur Förderung des Kapitalmarktes,
- c) Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (Initiativantrag des Abg. Neuburger),
- d) Viertes Änderungsgesetz zum Gesetz über die Bank deutscher Länder,
- e) Bundesnotenbankgesetz einschl. Regelung der Fragen der Reichsbankanteile und Golddiskontbankaktien und evtl. Landeszentralbankgesetz,
- f) Devisengesetz,
- g) Weiterentwicklung des Währungsrechts (Umstellungsgesetzgebung); ob Bundesgesetz erforderlich oder Rechtsverordnung ausreicht, ist noch nicht zu übersehen,
- h) Regelung der verbrieften Schulden des Reiches und des Landes Preußen,
- i) Tilgung der Ausgleichsforderungen (vorwiegend Angelegenheit des BFM),
- k) Gesetz über das Kreditwesen,
- l) Änderung oder Neufassung des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

Ende der Sitzung: 17,50 Uhr.

Bonn, den 8. Februar 1954
Dr. Mt./Scha.

gez. Scharnberg

Hand auf dem Kapitalmarkt eine Priorität erhalten bzw. behalten, die geradezu grotesk anmutet; es gibt wirklich keine andere Bezeichnung dafür. Zum anderen würde durch die Begünstigung des Sparens in festverzinslichen Wertpapieren mit hoher risiko- und steuerfreier Rendite der Drang zu wirklich produktiven Kapitalanlagen noch weiter geschmälert werden. Mindestens führen mehr und mehr Überlegungen zu der Fragestellung, ob es denn wahrscheinlich ist, daß die Menschen in der wirtschaftlichen Welt bereit sein werden, weiterhin mit hohem Risiko bei schwindenden Verdienstmöglichkeiten den Einsatz von Produktivkapital zu wagen, wenn auf der anderen Seite die Anlage von Sparkapital in jenen festverzinslichen Wertpapieren eine Rendite gewährt, die im Zweifelsfall aus einem Produktiv Einsatz überhaupt nicht gezogen werden kann.

Nun hat sich das Kabinett aus einer Reihe von Gründen trotzdem zu diesem zweiten Kapitalmarktförderungsgesetz entschlossen, damit zum ersten kein Vakuum eintritt, und zum zweiten das Problem des Sozialpfandbriefs im Zusammenhang mit der Steuerreform - Frage 7 c - noch weiter zu klären.

Die entscheidende Frage, ob in ein Kapitalmarktförderungsgesetz nicht auch Maßnahmen im Bezug auf die Aktie eingebaut werden müßten, ist nicht zu einer positiven Behandlung gelangt, - aber nicht etwa deshalb, weil man die Notwendigkeit einer solchen Regelung geleugnet hätte, sondern weil man glaubte, daß die Steuerreform - sprich: Steuersenkung - doch so rasch revidiert werden wird, daß man auf Zwischenmaßnahmen verzichten könnte, zumal hier dann auch eine Reihe weiterer Probleme, so z.B. die Schaffung gleicher Start- und Wettbewerbsbedingungen, d.h. gleicher Belastungen von Personal- und Kapitalgesellschaften, endgültig zu ordnen gewesen wäre.

Die Speisung des Kapitalmarkts hat im Jahre 1953 zweifellos beträchtliche Fortschritte gemacht. Die Ziffern sind Ihnen ja bekannt. Am Rentenmarkt sind im Jahre 1953 2,8 Milliarden DM

gegenüber

gegenüber 1,4 Milliarden DM im Jahre 1952 umzusetzen werden. Der Absatz von Industrie-Obligationen beträgt allerdings dabei nur 430 Millionen DM, während der Aktienabsatz mit 276 Millionen DM gar nur 8 % des gesamten Wertpapierabsatzes ausmacht. Mit einem Blick auf 1954 darf ich gleich anfügen, daß von seiten der öffentlichen Hand bereits Anmeldungen in Höhe von 3,5 Milliarden DM vorliegen, während wir die Ergiebigkeit des Kapitalmarktes wohl kaum höher als mit 3 Milliarden DM veranschlagen. Somit würde also außer der öffentlichen Hand am Kapitalmarkt sozusagen niemand mehr zum Zuge kommen. Ich mache aus meinem Horzen keine Würdergrube, wenn ich sage: ich gewinne den Eindruck, daß sich die öffentliche Hand ohne echtes Bedürfnis Kapital auf Vorrat legt. Als man z.B. die Auflegung der Lastenausgleichsanleihe mit 200 Millionen DM beschloß, ging man davon aus, daß am Ende des Jahres 1953 die Kassen leer sein würden. Dem war aber nicht so; vielmehr waren Guthaben - also Verfügungen - in Höhe von 248 Millionen DM am Jahresende vorhanden. Nun kommt die Anleihe mit 200 Millionen DM; ergibt 448 Millionen DM; Mitte Februar wird eine Quartalsrente fällig, die etwa 500 Millionen DM erbringt; ergibt 948 Millionen DM, und schließlich ist auch noch der Pfandzins für die Lastenausgleichsbank mit noch einmal 200 Millionen DM zu berücksichtigen. Insgesamt wären also 1148 Millionen DM einschließlich des Pfandzinses disponibel, - eine Summe, die - auch ohne den Pfandzins - niemals wird verausgabt werden können. Man gewinnt also wirklich die Überzeugung, daß die öffentliche Hand - die ja nicht nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu handeln braucht, weil sie "nur" den Steuerzahler belastet - sich Kapital auf Vorrat anreichert, sozusagen noch einmal einen "Glück aus der Pulle" nimmt, weil sie nicht genau weiß, was kommen wird, d. h. also vielleicht doch Maßnahmen ergriffen werden, die einen gerechten und gleichmäßigen Zugang für alle Kapitalsuchenden zum Markte eröffnen.

Auf kreditpolitischem Gebiet haben sich in unserem Bankensystem Entwicklungen vollzogen, die mindestens beachtet werden müssen. Noch vor zwei Jahren waren die Ausleihungen aus dem Bankensystem um $4 \frac{1}{2}$ Milliarden DM höher als die Bankeinlagen;

es fand also eine Kreditschöpfung über das Bankensystem statt. In der Zwischenzeit hat sich die Spanne zwischen Einlagen und Ausleihungen mehr und mehr verringert, ja wir können feststellen, daß sich im Jahre 1953 die Einlagen im Kreditbankensystem mit den Ausleihungen vom Kreditbankensystem fast genau die Waage halten. Das bedeutet, daß keine expansive wirtschaftliche Wirkung über das Kreditbankensystem mehr hat ausgelöst werden können.

Nun wird man ganz bestimmt nicht sagen können, daß etwa in Deutschland nicht mehr Kapitalbedarf vorhanden gewesen wäre, aber man kann gewiß noch nicht sagen, daß die Banken versagt hätten. Ich glaube, dieser ganze Tatbestand ist schon einer genaueren Analyse wert, deren Ergebnis mir aber ziemlich eindeutig auf der Hand zu liegen scheint. Allmählich ist nämlich eine Situation eingetreten, in der sowohl die Banken als Kreditgebende wie auch die Wirtschaft als Kreditauchende in eine finanzielle Lage - von Liquiditätsstandpunkt aus - geraten, die eine Lähmung der Energien verständlich erscheinen lassen. Ich bitte Sie, das, was ich dazu sagen werde, nicht überbewerten zu wollen; ich muß die Akzente etwas schärfer setzen, als dies vielleicht sachlich berechtigt erscheint. Ich tue dies, um die Problematik ganz deutlich werden zu lassen. Eine Bank, die heute Kredite ausleiht, steht natürlich vor einer anderen Situation, als dies vor einigen Jahren der Fall war, denn in der Zwischenzeit haben sich ja die Zeichen der Konjunktur geändert; wir sind von einem Verkäufermarkt zu einem Käufermarkt gekommen. Im Zeichen der Mengenkonjunktur sind die wirtschaftlichen Ertrügnisse zurückgegangen; der Liquiditätsspielraum erscheint mehr und mehr beengt, der Wettbewerb kommt in seiner ganzen Härte zum Tragen. Wenn zu all dem die steuerlichen Belastungen hinzukommen, ist es wohl verständlich, daß sich eine Bank füglich fragen muß, ob sie über ihre eigenen Mittel unter Anspannung ihrer eigenen Liquidität - vor allen Dingen auch in terminlicher Hinsicht - Kredite ausleihen will. Sie

muß

muß sich fragen: Hat denn ein wirtschaftliches Unternehmen überhaupt die Möglichkeit, gewährte Kredite in einem relevanten Zeitraum wieder zurückzuzahlen? Sie wird weiter zu prüfen haben, ob nicht das Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital, d.h. zu der Höhe der Verschuldung in Dimensionen bzw. Relationen gerät, die Vorsicht berechtigt erscheinen lassen.

Aber neben dieser Vorsicht der Banken werden auch von Seiten der kreditsuchenden Wirtschaft gleiche Überlegungen angestellt; denn bei der gegebenen Lage auf dem Aktienmarkt bzw. der Unmöglichkeit, zu emittieren, sowie angesichts der doppelten Besteuerung der Aktiengesellschaften ist ja kaum Aussicht gegeben, einen heute in Anspruch genommenen Kredit in einer nachfolgenden Phase zu konsolidieren, d.h. über eine Aktienemission in Eigenkapital umzuwandeln. Bei den Personalgesellschaften liegt zwar die Problematik etwas anders; aber die wirtschaftliche Situation ist im Grunde genommen dieselbe. Auch diese Gesellschaften müssen prüfen, ob sie in Zeichen einer Konjunktur, die unter Umständen noch zu einer weiteren Verschärfung des Wettbewerbs auf internationaler Grundlage führt, überhaupt noch so viel erwirtschaften können, daß eine Kreditaufnahme vertretbar erscheint.

Zu alledem muß ja auch immer das Ziel der Kreditgewährung mit der Verwendung des Kredits in Einklang gebracht werden. Sicher besteht in der deutschen Wirtschaft kein Mangel an Betriebskapital; diese Ansprüche werden von den Banken glatt befriedigt. Der eigentliche Mangel liegt aber beim längerfristigen Investitionskapital, und hier eben treten die Spannungen so deutlich in Erscheinung.

Wie ist dem abzuhelfen? Das scheint mir die entscheidende Frage zu sein. Beginnen wir wieder mit der Aktie. Ich möchte jetzt gar nicht zu dem Problem der Doppelbesteuerung, als solchen Stellung nehmen, obwohl es sich dabei um eine Fragestellung handelt, die heute nicht nur in Deutschland diskutiert wird, sondern mehr und mehr auch in anderen Ländern, besonders

in

in Amerika in den Mittelpunkt des Interesses rückt und dort die Öffentlichkeit stark beschäftigt. Überhaupt geht die Diskussion um die Frage der Steuererhöhung heute in einem gleichen Zuge durch die ganze Welt. Offenbar hat man erkannt, daß eine marktwirtschaftliche freie Ordnung durch die derzeitige Steuerbelastung pervertiert wird, d.h. überhaupt nicht zu voller Funktionsfähigkeit gelangen kann und man ist meiner Ansicht nach schon auf dem rechten Weg, wenn man das Heil in der Steuererhöhung sucht. Um Missverständnisse auszuräumen, stelle ich fest, daß ich das Heil gewiss nicht in einer Politik des "deficit spending" gefunden wissen möchte. Ich bin aber auch nicht so konservativ, daß ich sage, eine solche Möglichkeit sei unter allen Umständen und in jeglicher Situation auszuscheiden. Ganz bestimmt aber ist diese Möglichkeit auch nichts der heutigen Situation auszuscheiden.

Wenn das aber so ist, dann können wir auf zweierlei Weise an die Frage der Deckung des Kapitalbedarfs der privaten Wirtschaft herangehen, und zwar einmal dadurch, daß wir die öffentliche Hand zurückdrängen, ihre Vormachtstellung beseitigen. Mit welchen Mitteln, etwa auch lenkender Art das zu erreichen wäre, bliebe noch zu diskutieren. Hier spielt die Frage des § 795 BGB eine Rolle. Richtiger aber möchte mir zu sein, mit marktkonformen Mitteln der kreditSuchenden Wirtschaft zu gleichen Startbedingungen zu verhelfen. Da aber stellt sich dann z.B. gleich die Frage, auf welche Weise die Überbelastung der Aktiengesellschaft korrigiert werden könnte. Das muß vor allen Dingen geschehen, um die Wirtschaft aus ihrer inneren Kraft heraus in die Lage zu versetzen, von den zweifellos vorhandenen potentiellen Möglichkeiten der Kreditgewährung Gebrauch zu machen und über die Kreditgewährung zu einer echten Kapitalaufnahme, d.h. zu einer Konsolidierung der Kredite zu kommen. Hier sind wir dann bei der Frage der Steuerpolitik angelangt. Wenn wir die Einkommen- und Körperschaftsteuer um einen Prozentsatz senken, um dessen zahlen-

mäßig

erhöhte Höhe wir uns in diesem Kreise nicht zu unterhalten brauchen, der sich aber doch in Größenordnungen bewegt, die in der Konsequenz zu einem anderen wirtschaftlichen Verhalten führen und den Bewegungsspielraum der Wirtschaft wieder etwas größer und freier werden lassen, dann glaube ich, tun wir das Beste, was überhaupt zu einer Gesundung des Kapitalmarktes getan werden kann. Es ist ja doch kein Geheimnis mehr, daß die derzeitigen steuerlichen Belastungen vor allen Dingen auch in der Addition der Einzelsteuern zu einem vernunftwidrigen oder mindestens wirtschafts- und produktivitätswidrigen Verhalten geführt haben. Wenn wir an dieses Problem mit wirklich ins Gewicht fallenden Maßnahmen heranziehen, dann werden eben die wirtschaftlichen Dispositionen ganz anders werden und die Produktivität der Wirtschaft wird eine wesentliche Stärkung erfahren. Das wird in ganz anderer Weise vorausgesetzt werden, ja, es wird eben wieder Kapital gebildet werden können. In der Ansicht nach wird die Wirtschaft aus einer solchen Politik so große, ich möchte sogar sagen, so ungeheuer große Impulse erfahren, daß damit nicht nur die Konjunktur eine neue Phase - mit der sozial wohltätigen Wirkung - erfährt -, sondern daß auch die Meinung und die Lust zur Rationalisierung und zur Investierung wesentlich gefördert werden. Und darauf sind wir wieder angewiesen, wenn wir bei einer fortschreitenden Internationalen beim Wettbewerb immer mehr in die freie Welt hinauswachen, - hinauströten müssen. Ich bin allerdings der Meinung, daß man dann, wenn wir diese Station hinter uns gebracht haben, auf jedwede Kapitalmarkt-förderung in Sinne etwa der Aufhebung von steuerfreien Anleihen - diese Phase haben wir ja schon hinter uns -, oder auch durch steuerliche Begünstigung des Kapitalertrags (wie sie in der Couponsteuer Ausdruck findet) verzichten sollte. Wenn Einkommen- und Körperschaftsteuer auf ein erträgliches Maß gesenkt sind, scheint es mir auch moralisch nicht mehr gerechtfertigt zu sein, den Kapitalertrag noch einmal steuerlich besonders zu bevorzugen.

Die

Die Probleme hängen außerordentlich eng zusammen. Wenn wir diesen Weg gehen, werden auch die Aktiengesellschaften in ihrer Kuragestaltung wieder dahinkommen, daß sie emittieren können, und dann wird auch das Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital wieder in eine gesunde Relation zu bringen sein. Vor allen Dingen aber wird aus einer solchen Politik noch einmal eine preissenkende Wirkung entstehen. Heute ist es doch so: Eine Aktiengesellschaft würde ja niemals daran denken - selbst wenn der Aktienkurs das theoretisch und technisch zuließe -, Aktien zu emittieren, wenn sie eine Obligation auflegt, kostet sie das 7 1/2 %, die steuerlich abzugsfähig, ein verhältnismäßig billiges Kapital darstellen. Unbequem ist diese Art der Kapitalaufnahme nur deshalb, weil sie eben den Liquiditätsspielraum einengt und das Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdmitteln noch einmal ungünstig beeinflusst. Wir wissen aber, daß eine Aktiengesellschaft heute rd. 18 % verdienen muß, um 5 % Dividende auszuschütten, und von diesen 5 % Dividende bleiben dem Aktionär nach seinem individuellen Status ja auch nur 2 bis 2 1/2 % übrig. Vom gesunden Menschenverstand aus gesehen ist das so sinnlos, daß man nicht erwarten kann, es wird von einer solchen Möglichkeit der Kapitalanlage in stärkerem Umfang Gebrauch gemacht werden. Die Eröffnung der Möglichkeit einer Eigenkapitalbildung ist aber die Voraussetzung einer weiteren glücklichen wirtschaftlichen Entwicklung im Sinne einer Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz, Produktivität und auch Intensität und Expansion unserer Wirtschaft. Deshalb muß uns dieses Problem heute vor allen anderen am Herzen liegen.

Wir müssen also folgendes bedenken: Wie können wir den Kapitalmarkt in gerechterem Maße für alle Kapitalsuchenden ergeblig werden lassen? Gibt es eine Möglichkeit, die überhöhten Anforderungen und Ansprüche der öffentlichen Hand zurückzunehmen? Andererseits müssen wir überlegen: Können oder sollen wir sofort etwas tun, um die Aktie in etwa mit den Personengesellschaften gleichzustellen? Weiter: Können wir es dahin bringen, daß die Aktie möglichst schnell auch am Kapital-

markt teilhaben kann? Wie ist die Frage der Steuerreform oder in diesem Rahmen eine möglichst frühzeitige Steuerre-
kung weiter zu behandeln, wie sind die Notwendigkeiten und
Chancen zu beurteilen? Wenn wir auf diese Frage befriedigen-
de Antworten finden, sind wir, wie ich glaube, in unserer
Kapitalmarktpolitik auf dem rechten Wege.

Nur noch einen Blick auf den Goldmarkt! Heute ist es ja fast
so, daß die Mittel vom Kapitalmarkt in den Goldmarkt drängen,
anstatt umgekehrt vom Goldmarkt in den Kapitalmarkt. Der Gold-
markt ist aus den Ihnen bekannten Gründen sehr flüssig, dies
- wie ein Rückblick auf das Jahr 1953 bestätigt - war er es
doch mindestens. Unsere hohen Ausfuhrüberschüsse haben sich
im eigenen Lande als eine fortdauernde Geldschöpfung ausge-
wirkt. Im Jahre 1954 haben wir mit diesen Gegebenheiten
nicht mehr im gleichen Umfang zu rechnen; denn nunmehr ist
das Londoner Schuldenabkommen in Kraft getreten und wir ha-
ben vor allen Dingen auch durch den erweiterten Transfer von
Kapitalerträgen und durch die Restriktionen, die Sperrmark
allmählich aufzubauen, doch immerhin Devisenverpflichtungen
in Höhe von ungefähr 2 Milliarden DM übernommen, so daß
also an sich schon eine glückliche Entwicklung des Außen-
handels notwendig ist, um diese Politik erfolgreich fortset-
zen zu können. Wir glaubten uns allerdings aber zu einer sol-
chen Politik verstehen zu sollen oder sogar zu müssen, weil
jedes weitere Fortschreiten in Richtung auf die Konvertier-
barkeit der Währung aber auch die Erhöhung der Kreditwürdig-
keit Deutschlands notwendigerweise an eine solche Politik ge-
knüpft ist. Ich hoffe jedoch, daß diese Politik durch die
Auflösung der übermäßig hohen Bestände der öffentlichen Hand
sowohl im Zentralbanksystem wie leider auch im Kreditbank-
system unterstützt und nicht gefährdet wird. Eine Zusammen-
stellung per 1. November 1953 hat ergeben, daß die Bestände
der öffentlichen Hand im Bereich der Bundesrepublik - aller-
dings unter Einschluß der Versicherungsanstalten öffentlich-
rechtlichen Charakters - eine Höhe von 9,4 Milliarden DM er-
reicht haben. Fast nehme ich an, daß damit noch nicht alle Gut-

haben erfasst sind, denn es konnte s.Zt. die Wahrnehmung gemacht werden, daß allein die Ankündigung einer solchen Bestandsaufnahme zu einem Verschwinden von Konten und zu charakteristischen Vorgängen im Wertpapiermarkt geführt hat. Es ist auch erwiesen, daß diese Gelder der öffentlichen Hand mehr und mehr von Sichteinlagen zu Termineinlagen werden, was auch nicht gerade darauf schließen läßt, daß alle diese Mittel unbedingt morgen schon gebraucht werden würden. Die 1,8 Milliarden DM aus zurückgestellten Besatzungsleistungen, die beim Bund anstehen seien damit toleriert, aber damit ist das Problem ja nicht ausdiskutiert.

Vor allem ist dabei zu berücksichtigen, daß diese Guthaben ja in Permanenz stehen. Wenn es so wäre, daß sie einmal sehr stark heruntergingen und dann zu bestimmten Terminen wieder ansteigen, könnte man sagen, daß es sich um eine natürliche Bewegung handle, bei der eine solche Kassensituation notwendig und bei dem hohen Anteil der öffentlichen Hand verständlich sei. Der in seiner Höhe aber ziemlich gleichbleibende Einlagenbestand, läßt darauf schließen, daß die Reserven effektiv zu hoch sind. Wenn z.B. der Kapitalmarkt im Jahre 1954 noch einmal mit 3,5 Milliarden DM Anforderungen der öffentlichen Hand belastet wird, dann muß ich sagen, ist Gefahr in Verzug. Wir sollten dann nicht einen Augenblick länger zögern, alle Maßnahmen zu treffen, die der privaten Wirtschaft endlich wieder den Kapitalmarkt öffnen. Das ist primär sehr viel wichtiger als der Finanzbedarf der öffentlichen Hand.

Meiner Ansicht nach kann man diese Sache auch nicht damit abtun, daß man sagt, eine Steuersenkung könne aus verwaltungsmäßigen oder technischen Gründen nicht früher erfolgen. Gemessen an den Chancen, die nicht ausgenutzt würden, wenn wir den Kapitalmarkt in Unordnung belassen und den Schäden, die entstehen müßten, wenn unsere Wirtschaft die erforderlichen Investitionen nicht durchführen kann und auf Expansion verzichten muß, sind die unter verwaltungsmäßigen Gesichtspunkten geltend gemachten Einwände nicht stichhaltig. Ich glaube, als Wirtschaftsminister wirklich die Verpflichtung zu haben - ohne mich damit in einen Gegensatz zu meinem Kollegen Schäffer setzen zu wollen -, Ihnen den Ernst der Situation

Wir glauben, unseren übermäßigen Aktivsaldo dadurch begegnen zu können, daß wir, wenn ich das gleich sagen soll, die invariables sehr viel aktiver bedienen. Neben der Verpflichtung, die aus dem Londoner Schuldenabkommen erwächst, darf ich auch die Sperrmark erwähnen, der wir jetzt mehr Freizügigkeit gegeben haben. Wir haben z.B. die Beträge bis zu 10 000 £ sofort frei konvertierbar gemacht, wir haben den Ertragnis-Transfer eingeführt, und es sind wohl im Laufe der kommenden Entwicklung noch weitere Lockerungen zu erwarten. Sie wissen, daß der Kurs der Sperrmark auf 87 hinaufgestiegen ist.. Im Hinblick auf die letzte Zielsetzung frei konvertierbarer Währungen ist das alles gut und erfreulich; denn solange wir den Sperrmarkblock am Bein hätten, wären wir stark behindert gewesen.

Ich sagte bereits, die Liberalisierung im Dollarraum bedeutet eine Belastung innerhalb der EZU. Von dieser Seite her gesehen, wird unser Überschuß also tendenziell größer werden. Die Amerikaner sagten aber, wir sollten diese Politik trotzdem durchführen. Ich erwiderte darauf: "Dann bitte ich um Ihre stütze Unterstützung, wenn dieses Vorgehen innerhalb der EZU kritisch beleuchtet wird." Ein kann diesen Frankfortzustand um so besser heilen, je sichtbarer die Spannungen und Gegenwärtlichkeiten der Entwicklung werden. Das wird auch hier der Fall sein. Aber viel wichtiger war, hieran zu sehen, wie interessiert Amerika an, sagen wir nicht: Deutschland, sondern an Europa ist. Ich hatte während meines Besuchs in Washington zweimal Gelegenheit, mit Randall und mit den Mitgliedern seiner Kommission zu sprechen. In der Zwischenzeit ist der Bericht erschienen. Niemand ist über diesen Bericht so ganz glücklich; aber er ist doch in mancher Hinsicht besser, als die Pessimisten befürchtet hatten. Im Grunde genommen hat sich doch der liberale Einfluß verstärkt. Wenn Sie neben dem Randall-Bericht noch die Botschaft von General Eisenhower zur Beurteilung der Lage

habe er festgestellt waren, dass auch der 1. der Bundesminister-
 anderer in der Angelegenheit vorgehen mit ihm über einstimmig.
 Auch in der Frage der teilweise zu anderen Punkten als in den
 öffentlichen sind von der Kreditanstalt auszugehen. Die
 Politik des Bundesministeriums während der Zeit der
 Politik der SPD. Die Auswirkungen von Entscheidungen der
 eben sind nicht als eine im wesentlichen und wesentlich haben
 der genannt werden. Die Frage, wie diese verschiedenen Punkte unter-
 einander und die des Zusammen der Parteien in Einklang zu bringen
 seien, muss als aller Besten diskutiert werden. Seine Position
 habe er nicht für verwehrt, dass der Zusammenhang für die
 verschiedenen Geld elemente, um es verständlich oder für andere
 Entscheidungen irgendher heranzuführen zu lassen. Der Bundesminister
 davon, dass allerdings in politisch politischen Willen des Projekts
 der Lenkungsmaßnahmen mit der Verabschiedung des Landes-
 planungsplanes selbst verknüpft werden soll. Mit der sehr wichtigen
 Durchführung der Zusammenhänge als ein des Bundesministeriums
 diese sollte er in wesentlichen Bereichen. Auch in der Frage, was der
 nicht sparsam sein soll. Politik mit dem Bundesministerium
 anders, er wird daran, dass das Beste nicht als unverständlich für
 der Möglichkeit irgend gegeben werden darf. In wesentlichen
 allerdings der Ansicht eines solchen als nicht verstanden. Die
 sind nicht sein auch die Entscheidungen über die Durchführung
 gewesen.

Der Bundesminister in dem Bundesministerium der Finanzen, wenn
 mit der Verfügung eines Bundesministeriums über die Gewerbesteuer
 ist, was die Bundesregierung, die Kreditanstalt zur
 verschiedenen Punkte und welche Stellung der Bundesministeriums
 in der Frage, ob die Kreditanstalt auch auf die Gebiete der
 und Verordnungsmaßnahmen zusammen zu kommen, diese Frage hat
 be in der gleichen Bedeutung zwischen Regierung und Bundesrat nicht
 hinter werden können.

Der Bundesminister der Wirtschaft, zum der Frage
 der Bundesminister ist, dass es nach der vor zu sein werden,
 die wirtschaftliche Stellung Deutschlands und nach der zu sein
 Analyse zu berücksichtigen, dass das Problem in der Wirtschaft
 der. Seine Bemerkungen haben auch schon die Aussagen der
 in der Wirtschaft der Bundesregierung der Wirtschaft als von
 einer "Geldpolitik" gesprochen. - Das ist
 oder werden verstanden in der Wirtschaft werden.

Zu der Frage des Kreditwesengesetzes erklärt Min. Dir. Dr. Kr. Müller (BdG), dass es erst nach dem Banknotenbankgesetz eingebracht werden könne, weil die ganze Organisation der Aufsicht weitgehend davon abhängig sei, wie das Bundesnotenbankgesetz aussehen werde. Die Vorarbeiten aber seien so weit gediehen, dass das Gesetz in ganz kurzer Zeit eingebracht werden könne, wenn sich das als notwendig erweise.

Dr. H. G. Erhard, Bundesminister für Wirtschaft, beantwortet die Frage nach der Vorlage des Kartellgesetzes dahin, dass es bereits von ihm unterschrieben sei. Man sei davon ausgegangen, dass man sich die Stützen des Bundesrates ersparen könne. Bei der Einbringung des Kartellgesetzes in Kabinett habe er, der Redner, ausdrücklich erklärt, dass die Vorlage des Entwurfs in der alten Fassung nicht bedeute, dass nicht bei der Behandlung des Entwurfs in den Ausschüssen wieder an die Ergebnisse der Beratungen angeknüpft werden könne, die schon bei der Beratung des Entwurfs in der ersten Legislaturperiode erzielt worden seien. Eine solche Anknüpfung scheint ihm eine wesentliche Vereinfachung des Verfahrens zu sein. In der Zwischenzeit würden weitere Verhandlungen auf der außerparlamentarischen Ebene gepflogen werden. Er, der Redner, stehe nach wie vor auf dem Boden einer Verbotsgesetzgebung. Er betrachte es geradeso als eine Verpflichtung, den freien Leistungswettbewerb zu schützen und zur Entfaltung kommen zu lassen. Die Zurückstellung des Kartellgesetzes hinter die bevorstehende Steuersenkung sei politisch-taktisch zu verstehen, weil nach der Steuersenkung die Bereitschaft der Wirtschaft, sich dem freien Wettbewerb zu stellen, grösser sein werde, da ja dann der Liquiditätsspielraum der Unternehmungen durch bessere Kapitalfinanzierung vergrössert worden sei. Die Zurückstellung habe also nichts mit der Notwendigkeit zu tun, den materiellen Inhalt des Gesetzes in die Tat umzusetzen.

Abg. Dr. Ruff hält es in der Frage der Anwendung des Kartellgesetzes auf die Gebiete der Bank- und Versicherungsaufsicht bei einer gesonderten Bankaufsicht und gesonderten Versicherungsaufsicht aus organisatorischen Gründen nicht für ausgeschlossen, dass die Grundsätze des Kartellgesetzes auch durch diese Behörden zur Anwendung gebracht werden müssten.

Dr. Dr. h. c. Erhard, Bundesminister für Wirtschaft, spricht sich für eine ernsthafte Prüfung dieser Frage aus.

Der Vorsitzende bemerkt, dass sowohl ein einstufiger als auch ein zweistufiger Entwurf eines Notenbankgesetzes zu einem entsprechend umgekehrten Initiativentwurf des Bundestags führen würde. Es sei deshalb dringend notwendig, keine Verzögerung beim Einbringen der Vorlage eintreten zu lassen.

Abg. Dr. Königswarter nimmt zu dem Problem des Darniederliegens der Aktienemissionsmöglichkeit Stellung, das sich aus der Inflation des Jahres 1923 entwickelt habe. Die Inflationsfurcht sei augenblicklich die beste Emmissionsstütze. Man könne der Aktie mit einer grundlegenden Aktienrechtsreform unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten sehr gut zur Hilfe kommen, und die aus der Inflationseite herrührende Antreue des Aktionärs müsse völlig abgebaut werden. Auch müsse die Ausschüttungsfreudigkeit durch irgendwelche Maßnahmen - unter Umständen gesetzliche - gefördert werden.

Abg. Dr. Pflügel unterstreicht die Ausführungen des Abg. Königswarter, hält es aber nicht für geboten, gesetzliche Maßnahmen mit dem Ziele der Steigerung der Ausschüttungsfreudigkeit zu ergreifen.

Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß ein Ausschüttungsanreiz durch die leider erst in diesem Jahre wirksam werdende Ausschüttungsbegünstigungsvorschrift gegeben sei.

Abg. Kirchhoff erklärt, wenn der Bundeswirtschaftsminister von Terminen bei der Steuerreform spreche, wolle er es auch tun. Die Wirtschaft sei wirklich am Ende. Der Redner beschreibt eingehend die in den vergangenen Jahren von Veranlagung zu Veranlagung größer gewordenen Schwierigkeiten bei der Aufbringung der Steuer und der Schaffung weiterer Arbeitsplätze, und wenn wieder ein Jahr bis zum 1. Januar 1955 mit der Steuererhöhung gewartet werden solle, werde er auf jeden Fall im Plenum dagegen stimmen. Es gehe nicht an, dass die Bundesrepublik in ihren Kassen die erwähnten ungeheuren Guthaben habe und dass die Wirtschaft über keine Mittel verfüge.

Der Vorsitzende glaubt, dass man mit solchen Verstellungen bei Professor Erhard offene Türen einrenne.

Wir bleiben mit den Amerikanern im Gespräch. Ich kann Ihnen dazu verraten, daß wir wahrscheinlich noch im Laufe des Monats Februar, spätestens im März, den Besuch des britischen Schatzkanzlers Butler erwarten, der ja aus seinen Erfahrungen in der Zwischenzeit wahrscheinlich schon etwas geneigter ist, sich, ich will nicht sagen: unserer Konzeption anzuschließen, aber doch wenigstens mit seiner Ansicht mehr in die Linie dieser Auffassungen einzumünden.

Im ganzen gesehen glaube ich also, die Chance zu einer Verständigung ist heute größer, als sie vor einem Jahr war. Sie ist insbesondere dann größer, wenn von seiten Amerikas der Wille zu dieser Entwicklung immer deutlicher bekundet wird. Ich darf z.B. vorlesen, was in bezug auf die Frage der Konvertierbarkeit im Randall-Bericht gesagt ist. Dabei ist besonders interessant, daß sich die Randall-Kommission ursprünglich mit der Frage der Konvertierbarkeit weder befassen sollte noch befassen wollte. Erst nach unserem Besuch in Amerika hat die Randall-Kommission die Weisung bekommen, auch die Frage der Konvertierbarkeit mit in ihren Bericht einzubringen. Denn wir konnten die Amerikaner davon überzeugen, daß das doch die entscheidende Frage vielleicht ist, wenn man wirklich zu einer weltweiten Ordnung kommen will. In dem Randall-Bericht heißt es wörtlich:

Die Kommission ist der Ansicht, daß konvertierbare Währungen eine unabdingbare Bedingung

- also ein sehr starker Ausdruck! -

für die Erreichung eines weltweiten multilateralen Handels und die Aufrechterhaltung eines ausgewogenen Handels auf einem verhältnismäßig freien Markt sind. Sie würde eine Konvertierbarkeit beklagen, die nur der Form nach bestünde

- ich erinnere an das Gesagte! -

und durch Restriktionen aufrechterhalten würde. Sie ist der Ansicht, daß Zahlungen auf kurzfristige Beschränkungen in gleichem Maße abgebaut werden sollten. Sie ist für einen schrittweisen Erfolg, aber entscheidenden Fortschritt der Konvertierbarkeit der Währungen.

Ich glaube also, von amerikanischer Seite werden wir alle Unterstützung haben. Vor allen Dingen wird Amerika in bezug auf seine Handelspolitik immer deutlich darauf geachtet werden, daß nur über eine weltweite freie Konvertierbarkeit wieder eine Verzahnung zwischen dem Dollarmarkt und den europäischen Märkten möglich ist.

Ich sagte bereits: Die Amerikaner haben selber die Empfehlungen des Dollar-Earnings und des Dollar-Savings gegeben. Die Stimmung ist nun völlig umgeschlagen. Die Amerikaner sagen heute, ihr sollt keine Dollars mehr sparen wollen, sondern ihr sollt auch Dollarwaren von uns kaufen. Das ist eine ziemlich drastische Umschaltung. Sie resultiert natürlich aus der amerikanischen Absicht, sich mit den Staatshilfen aus Europa mehr und mehr zurückzuziehen. Amerika sagt: Ihr müßt eure Volkswirtschaft so weit bringen, daß sie auf Grund einer natürlichen Leistungskraft auch stärker im amerikanischen Markt auftreten kann. Wir sagten den Amerikanern darauf: seid ihr auch darüber klar, daß in allen zurückliegenden Jahren die europäischen Volkswirtschaften eine Politik getrieben haben, die die Ströme mehr und mehr am amerikanischen Kontinent haben vorbeilaufen lassen? Man hat zwar die amerikanische Hilfe genommen, die in Form von Waren zu uns hereingekommen ist, aber jeder war doch ungestillt bestrebt, hinsichtlich aller anderen Waren, die er anderswo als im Dollarraum kaufen konnte, umzuschalten. Das verträgt sich natürlich auch nicht mit einer nationalen Weltwirtschaft. In einer nationalen Weltwirtschaft kauft man dort, wo die Produkte am billigsten sind, und das sind

sie in Zweifel, falls doch vielfach in Amerika.

Ich sagte schon: Im Zuge des Dollarsprems und in der Konsequenz der Handelspolitik der Amerikaner - die in dieser Beziehung durchaus keine Unschuldskammer sind! - waren beide Wirtschaftsbereiche mehr und mehr in eine Isolierung hineingekommen. Nun versucht man, sie wieder zusammenzuführen. Amerika weiß ganz genau, daß, solange in der Fortführung der jetzigen EKV-Politik immer wieder eine Knappheit an Dollars auftreten wird - wenn auch die Dollarlücke heute nicht mehr in Europa zum Tagesgespräch gehört -, der Dollar unbedingt in den Kreis der konvertierbaren Währungen einbezogen werden muß.

Ich habe mir vor allen Dingen Mühe gegeben, den Amerikanern begrifflich zu machen: Wenn wir mit ihrer Hilfe wirklich zu einem einheitlichen Verrechnungssystem unter Einbeziehung des Dollars kämen, würde sich ja eine ganz andere Konstellation ergeben. Dann nämlich kommt es erst zu einer Integration der freien Welt. Auch die europäische Integration wird erst dann fortgeschritten können. Dann ich habe hinsichtlich der europäischen Zahlungsunion die Befürchtung, daß wir, ohne zu der europäischen Integration zu kommen, gleichzeitig mit Sicherheit in eine immer stärkeren Isolierung Europas gegenüber der anderen freien Welt geraten.

Ich trage hier manche Punkte bewusst etwas stärker auf, als es angesichts der augenblicklichen Lage berechtigt erscheinen mag. Aber ich tue das, um Ihnen die Problematik vor Augen zu führen, um die es geht. Ich halte hier nicht einen aktuellen Vortrag, dessen Grundsätze morgen auf unsere Handelspolitik anzuwenden sind. Ich glaube aber, es ist ganz nützlich, auch einmal aus dieser Schau unsere zukünftigen Chancen zu beurteilen. Und da muß ich sagen: Unsere Chancen stehen in dem gleichen Verhältnis, in dem wir in

Abg. Dr. Reif glaubt, dass die Sparkassen mit den ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten gut Licht in der Lage seien, die Verhältnisse auf dem Geldmarkt zu regeln und dieser Thesaurierungspolitik der öffentlichen Hand entgegenzutreten.

Abg. Dr. Lindeberg weist darauf hin, dass mit der Aufnahme ausländischen Kapitals auch die Frage der Steuerreform zusammenhänge. Er habe sich im Ausland sagen lassen, dass weder Zinssatz noch Ertragssteuern bei Beteiligungen einen ausreichenden Anreiz schafften, um ausländisches Kapital nach Deutschland zu locken. Im Ausland bestehe der Wunsch, sich nicht nur mit Anleihen, sondern auch am Grundkapital einer Gesellschaft zu beteiligen.

Abg. Seuffert ist der Ansicht, dass es eine ganz andere Frage sei, ob die ausländische Kapitalbeteiligung besonders förderungswürdig sei. Einstweilen seien Kredite ein mehr wünschenswerter Teil der Finanzierung.

Hr. Dr. h. c. Ehrhard, Bundesminister für Wirtschaft, hält es für erforderlich, die Entwicklung im Ausland sorgfältig zu beobachten. Man unterhalte sich überall über die gleichen Probleme wie in Deutschland, und die deutschen Entschlüsse müssten entsprechend der Entwicklung getroffen werden. Auch ihm sei in Amerika oft gesagt worden, dass eine Beteiligung an deutschen Unternehmen vorerst uninteressant sei, da dort die Besitzer von guten Papieren 6% erhielten. Es gabe aber doch Fälle, bei denen nicht allein die Rendite, sondern auch andere Überlegungen mitspielten. - Vor einer Überfremdung habe er keine Angst.

DEUTSCHER BUNDESTAG
Ausschuss für Geld und Kredit
(Nr. 22)

Protokoll Nr. 5

Continued
ATT. TO

EGGA -
39478
dtd
APR 15,
1954

K u r s p r o t o k o l l
der 5. Sitzung
des Ausschusses für Geld und Kredit
am Freitag, den 5. Februar 1954, 16 Uhr.
Bonn, Bundeshaus,

Vorsitz: Abg. Scharnberg (CDU/CSU)

A n w e s e n d :

CDU/CSU

Kittzinn
f. G. Iger (München)
Kirchnoff
Dr. Lindenborg
Dr. Pfordtenges
Scharnberg
Wallenhaupt

SPD

Königswarter
Seuffert
Thieme

FDP

Dr. Reif

DF

Dr. Zimmermann
f. Wittenburg

von Bundesräte:

Dr. Katzenstein, Hamburg
Dr. Baden-Württemberg
Dr. Hilker, Nordrhein-Westfalen
Dr. Gier, "
Beil, "
Doering, Rheinland-Pfalz
Dr. Henn, Bayern
Schwarz, "
Fraschudewitz, Berlin
Tondour, "
Malick, "
Wilson, Schleswig-Holstein
Dr. Linder, Sekretariat des Bundesrats

von der Bundesregierung:

Staatsektr. Westrick, Bundesministerium für Wirtschaft
Min. Dir. Dr. Armer, "
Min. Rat Dr. v. Hofe, "
Min. Rat Sch. ff., "
Min. Rat Fischer, "
Okt. v. Frorlich, "
H. Beyer-Pehling, "
Dr. H. Ineberg, "
Dr. Vogt, "
Okt. Dr. Steinberg, Bundesministerium der Finanzen
Dr. Pittroff, "
Okt. Spermann, Bundesministerium für Verkehr
Kremer, Bundespressesant

08 1676-324

Anlage zum Kurzprotokoll Nr. 5 des Ausschusses
für Geld und Kredit (Sitzung am 5. Februar 1954).

Dr. Dr. h.c. Erhard, Bundesminister für Wirtschaft:

Keine Herrrnt! Ich nehme meine Aufgabe natürlich nicht so sehr darin, Ihnen eine Analyse der derzeitigen Verhältnisse auf dem Geld- und Kapitalmarkt zu geben, als vielmehr darin, die dort vorherrschende Problematik aufzuzeigen, die uns auf diesem Gebiet zu Maßnahmen zwingen wird. Daß diesen Problemen aufs engste mit der Frage der Steuerpolitik - genauer: mit der Frage der Steuerhöhe - zusammenhängt, ist wohl offenkundig und wird bei der näheren Betrachtung noch deutlich werden.

Ich darf an das Kapitalmarktförderungsgesetz erster Fassung anknüpfen, das am 31. Dezember 1953 ausgelaufen ist. Wir haben dieses Gesetz als notwendig erachtet, um den Kapitalmarkt wieder zu regenerieren und ein Wertpapierparadies zu machen. Dieser Effekt wurde zum Teil auch erreicht. Es bleibt nur zu prüfen, ob die Maßnahmen, die wir ergriffen haben, im einzelnen sinnvoll genannt werden können oder ob wir in Zukunft andere nicht bessere, organischere, wenn Sie wollen, auch marktwirtschaftlichere Wege einer Kapitalbildung erreichen wollten, erreichen müssen. Ich persönlich habe bei der weiteren Behandlung des zweiten Kapitalmarktförderungsgesetzes Bedenken entgegengestellt, weil ich angesichts der Entwicklung der Verhältnisse der Überzeugung sein mußte, daß zwar die Schließung und die Wiedereröffnung eines Kapitalmarktes wie auch die Möglichkeit des Wertpapierparadieses sicher etwas Notwendiges und Wünschenswertes ist, daß aber auf diesem Gebiet keine Vereinseitigung Platz greifen darf, und zwar Vereinseitigung in doppelter Beziehung: Einmal würde bei einer Verlängerung des Gesetzes in dieser Form die öffentliche

Land

Ich werde bei meinen Darlegungen auch manche grundsätzliche Aussagen machen müssen, und ich tue es um so lieber, als ich es in Berlin doch das Gefühl hatte, dahingehend mitverantwortlich zu werden, als ob ich allzu unbedenklich Deutschland bzw. die Deutsche Mark in die Freiheit frei konvertierbarer Währungen hineinzuführen wolle. Ich möchte aber eines zur Bestimmung anheimgen. Es ist jetzt ungefähr zwei Jahre her, daß ich anlässlich der Eröffnung einer Messe erstmals in der deutschen Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit der Rückkehr zu frei konvertierbaren Währungen hingewiesen und auch im einzelnen zu erklären versucht habe, warum mir allmählich die Zeit reif zu sein scheint, aus den starren Formen und Fesseln der Devisenwirtschaft zu größerer Währungs- und Zahlungspolit. Freiheit vorzustößen. Das daraufhin eingetragene Echo war erwartet und für sich auch nicht überraschend: ein verwundertes Kopfschütteln über so viel Optimismus, verbunden mit dem Hinweis, in absehbarer Zeit könne ja doch nicht damit gerechnet werden, auf dem Gebiet der Währung und vor allem in den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen und Verrechnungen an den bis dorthin geltenden Grundsätzen etwas zu ändern. Wer zuerst neue Gedanken ausspricht, muß damit rechnen, erst einmal zwei Jahre hindurch für verdrückt gehalten zu werden, später setzt sich der Gedanke dann doch durch.

Es ist auf diesem Gebiet in dem von mir skizzierten Sinne vorwärtsgangen - wir haben ja auch alles Mögliche dazu beigetragen -, so daß sich inzwischen allerlei ereignet hat. Die Entwicklung wurde sichtbar durch die Unzulänglichkeiten gefördert, die in der Europäischen Zahlungsunion zutage getreten sind und die ich mit aller Deutlichkeit gekennzeichnet, ja, kritisiert habe. Ich glaube, das war unser gutes Recht. Aber ich muß hinzufügen: ich betrachte die Europäische Zahlungsunion dabei nicht etwa spezifisch unter dem Gesichtspunkt des deutschen Interesses, sondern vom Standpunkt der

Wiederherstellung einer möglichst freien und möglichst weltweiten Ordnung aus. Die Europäische Zahlungsunion hat uns sehr viel getan gebracht - ich bin der Letzte, der das verkant -; denn sie hat uns - in historischer Sicht - aus der Enge bilateraler Beziehungen gelöst, und wir haben den multilateralen Gütertausch und die multilateralen Verpflichtungen dadurch gewonnen. Der Europäischen Zahlungsunion gehören, glaube ich, 18 Staaten, vor allen Dingen aber doch der Sterling-Raum an.

Sie wissen, daß die Europäische Zahlungsunion in der Zwischenzeit auf der einen Seite zu extremen Schuldenpositionen und auf der anderen Seite zu extremen Gläubigerpositionen geführt hat. Deutschland hatte den Vorzug, sich bereits sowohl auf der einen, als auch auf der anderen Seite zu verankern. Aber wir haben unter dem lateinischen in Höhe von 370 Millionen Dollar - so weit waren wir gekommen - in der Zwischenzeit in ein kumulatives Guthaben, in einem kumulativen Überschuss von 850 Millionen Dollar umgewandelt. Ich würde mich nicht wundern, wenn der heutige Stand bereits 900 Millionen Dollar betrüge. Wir müssen damit rechnen, daß wir in diesem Trend der Entwicklung immer höher kommen.

Ich will nicht von den Kinderkrankheiten der EIU sprechen, die zwar nicht völlig ausgeheilt, aber doch gebessert worden sind. Es handelt sich um das sprunghafte und manchmal willkürliche Überwechseln auf einen verschiedenen Stand der Liberalisierung. Es war im Anfang so, daß Länder, die in Schwierigkeiten gekommen waren noch und so nur höhere Kredite in Anspruch erhielten, daß sie einseitig von der Liberalisierung zurückweichen durften und damit natürlich die handelspolitischen Interessen der beteiligten Partner störten. Das war so offenkundig, daß die EIU das eingesehen hat und zumindest beabsichtigt war, die allzu sichtbaren Auswüchse einzuzäumen und zu beseitigen. Aber sie konnten nicht darüber

hinwegzusehen, mit einer völlig glatten Verrechnung der güterwirtschaftlichen Beziehungen offenbar auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt.

Denn wir müssen uns verweg über eines klar sein: wenn sich Länder zu einem Verrechnungssystem zusammenfinden, dann kann dieses Verrechnungssystem nur dann als voll funktionsfähig gelten, wenn es auch zu einem vollen Ausgleich innerhalb dieses Kreises der Volkswirtschaften hinführt. Davon kann aber heute noch nicht die Rede sein. Im Gegenteil, es ist ja das Zeichen der heutigen Situation, das auf der einen Seite extreme Gläubigerpositionen und auf der anderen Seite extreme Schuldnerpositionen bezeichnen.

Man bemüht sich, die oben schon behaupteten mit den verschiedenen Mitteln zu beseitigen. Es gibt Empfehlungen nach beiden Seiten. Diese Empfehlungen sind immer darauf ausgerichtet, ein allzu weites Auseinanderklaffen von Aktiv- und Passivsaldo zu verhindern und zu dem Idealzustand einer möglichst totalen Ausgleichs, einer möglichst totalen Verrechnung zu gelangen. Tatsächlich aber zeigt sich in dieser Situation und in den Empfehlungen, die die ECU erteilt, ungleich auch wieder die Schwäche dieses Systems, die darin besteht, daß - aus der Gesamtschau gesehen - der Kreis von Ländern - so groß auch das Volumen des Handels ist, der innerhalb der ECU abgerechnet wird - doch zu klein ist, um auf organische, vor allen Dingen auch auf rationale Weise zu einem vollen Austausch, zu einer vollen Verrechnung ohne Rest zu gelangen. Es ist zur Zeit in der Europäischen Zahlungsunion so, daß die Liberalisierungsquoten zwischen 8 % und 99 % schwanken und daß auch die Empfehlungen bezüglich der Freiheit, hinsichtlich der Senkung von Zöllen, hinsichtlich der Behandlung der Invisibles usw. eben sehr differenziert lauten.

Zwar ist im Trend wohl eine gleichartige Politik in Richtung einer größeren Liberalisierung erkennbar, aber der Einfluß der Europäischen Zahlungsunion auf die Politik der nationalen Volkswirtschaften ist viel zu gering, um zu wirklich befriedigenden Ergebnissen zu führen. Es ist doch ein unerkundiger Zustand, daß die einzelnen Länder innerhalb eines gleichen Verrechnungskreises - wie auch bei der Europäischen Zahlungsunion der Fall ist - sowohl hinsichtlich des Grades der Freizügigkeit, als auch bezüglich der Zollpolitik und ähnlicher Maßnahmen auf einem so unterschiedlichen Stand verharren. Der Ausgleich, der im Verrechnungssystem, ich möchte sagen, schon als Grundlage liegen muß, wird also wesentlich durch die ganz differenzierte Behandlung der einzelnen Volkswirtschaften erst künstlich herbeigeführt. Dabei tadele ich den Grundsatz bestimmt nicht. Er ist zwar gut, und wir sind diesen Weg ja auch ganz bereit zu gehen.

Sonst nimmt man auf uns Einfluß in der Richtung einer stärkeren Senkung der Zölle, in der Richtung einer stärkeren Bedienung des Kapitaltransfers und des Zinsauslastens. Man willt auf uns ebenfalls auch in der Richtung eines Vorzichts auf Exportförderungsmaßnahmen und vielleicht noch einiges andere mehr Einfluß nehmen - im Passivsaldo werden die Empfehlungen natürlich entsprechend anders lauten -, während andere Länder wieder andere Empfehlungen bekommen. Es bleibt also der unbefriedigende Zustand, daß es eigentlich in die Tugend des einzelnen Landes gesetzt ist, inwieweit es solchen Empfehlungen folgen will oder inwieweit es ihnen zu folgen nicht bereit ist. Wir haben in der Europäischen Zahlungsunion gerade in letzter Zeit gewisse Erfahrungen darüber machen können, daß die Bereitschaft der einzelnen Volkswirtschaften, dieses System durch ein sinnvolles eigenes Verhalten zu fördern und trotz aller Inzulmlichkeiten doch zu einer Verbesserung dieses Systems zu kommen, sehr unterschiedlich ist. Ich setze aber gleich hinzu:

trotz meiner manchmal recht berechtigten Kritik an der Europäischen Zahlungsunion bin ich weit davon entfernt, von deutscher Seite nur eine Politik zu treiben, die zu einer Sprengung, zu einer Auflösung der Europäischen Zahlungsunion führen würde. Davon kann nicht entfernt die Rede sein; denn diese Europäische Zahlungsunion ist natürlich trotz allem immer noch sehr viel besser als gar keine derartige Institution. Wir müssen trotz der Kritik und trotz der Erkenntnis der Unzulänglichkeiten immer wieder besträuben, das Beste aus ihr zu machen, weil sie doch wenigstens einen Schritt vorwärts darstellt. Aber, wie gesagt, wenn wir nicht dahin kommen, daß über die Europäische Zahlungsunion ein so starker Einfluß auf die nationalen Volkswirtschaften ausgeübt wird, daß sie sich gleichzeitig verhalten und ein Ziel haben sind - und ich das offen gestehen: ich weiß nicht, ob wir dahin kommen können -, und wenn wir das Ziel einer größeren Freiheit sowohl in Bezug auf den Waren- und den Dienstleistungverkehr, als auch auf den Verkehr in rein monetärer Hinsicht nicht erreichen können, dann wird die Europäische Zahlungsunion immer Flickwerk bleiben müssen.

Die Europäische Zahlungsunion stellte sich zunächst als eine ihrer ersten Aufgaben, durch eine zum Teil liberale Liberalisierung organischer und automatischer frei konvertierbarer Währungen zu gelangen, so daß uns also am Ende der Liberalisierungsarbeiten die frei konvertierbaren Währungen, als ein System gedacht, als eine reife Frucht in den Schoß fallen würden. Dazu muß ich heute sagen: Ich bin zwar ein Optimist bekannt, aber so viel Optimismus bringe ich nicht auf, zu glauben, daß das der Fall sein wird. Freikonvertierbare Währungen sind nur dann möglich, wenn die einzelnen Volkswirtschaften bereit sind, in ihrem eigenen Verantwortungsbereich die innere, wirtschaftliche und finanzielle Stabilität sicherzustellen und auf fragwürdige Praktiken ihrer Wirtschaftspolitik zu verzichten.

Ich nicht - dies zur Voraussetzung - einmal einen
Sprung in das Zeitalter der Goldwährung zurück machen. In
dieser Zeit war es selbstverständlich, daß auch die starb-
den Volkswirtschaften so verhielten. Sie wurden dazu durch
das System gezwungen. Wenn es einer Volkswirtschaft ein-
fallen würde, aus der Reihe zu tanzen und auf die Höhe der
Währung, des Handels, der Wirtschaft, der Finanzen
eine der Kreditwirtschaft Experimente vorzunehmen, ist zu
machen, dann hätte eine Nicht der Zeit die Vorteile voll-
ständig erhalten können. Jedes einzelne Land mußte sich
die Konsequenzen seines Verhaltens selber hinnehmen. Das
ist in der Europäischen Zahlungsunion anders. Wenn die
Länder in der EU auf dieses Maß an Freiheit verzichten, so
daß sie zwar nicht gezwungen, sich etwas Besseres zu verhalten;
aber vor allem können die unabhängigen Länder - wenn
ich sie mal so bezeichnen darf; ich meine an, daß hier keine
Frage ist -

(Mitternacht)

denn die Sache mitzubekommen, d.h. sie müssen die Hälfte
ihre Überschüsse als Kredit gewähren. Wir wollen es
kein X für ein Y vorsehen: die Schuldverhältnisse, die bei
ihre Passiva zu 100 % in harter Währung, sprich in
Dollars oder in Gold, bezahlen müssen, sind für je die
haupt nur so lange in der Lage, als Amerika bereit ist,
ihnen die Dollars in irgendeiner Form immer wieder zu
opfern. Wird das nicht der Fall sein, würde nicht in
fortdauernder Einbruch von amerikanischen Dollars nach Europa
stattfinden und würden die Gläubigerländer nicht aus dem
System heraus - ohne ihre eigene Zustimmung und ohne ihren
Willen - gezwungen werden, die Hälfte ihrer Guthaben zu
säubern, dann würde sich die Unsustainability der Europäischen
Zahlungsunion sofort so deutlich erweisen, daß man un-
schonlich schneller vorankommen würde.

Ich hab. mir deshalb das Problem, wie man über die Europäische Zahlungsunion allmählich zu frei konvertiblen Währungen hinführen könnte, hin und her überlegt. Ich sagte schon in der Goldwährung wurde der Einfluß auf die einzelnen Volkswirtschaften durch die Goldmenge ausgeübt, die in der Goldwährung gesetzt war. Das war gewissermaßen ein neutraler Befehl an die einzelnen Volkswirtschaften. Es ist immer mißlich, wenn Befehle von irgendeiner Institution oder vielleicht sogar von einer Person erteilt werden müssen. Die Europäische Zahlungsunion krankt in dieser Beziehung auch an dem Fehler - für den ich niemanden verantwortlich mache -, daß diese Institution, was ihre Weisungsbefugnisse anlangt, in einem gewissen Konflikt zu den Vorstellungen von nationaler Souveränität gerät. Die Gremien der Europäischen Zahlungsunion können eben nicht so weit gehen, daß sie einer Volkswirtschaft, daß sie einem State sagen können: Du hast das nun das zu tun, und wenn du es nicht tust, bist du nicht würdig, in unserem Kreise weiterzufunktionieren. Das verstößt sich nicht mit der Vorstellung von nationaler Souveränität. Manche Länder sind hierin ja sogar noch empfindlicher als wir, und deshalb bleiben die Dinge beim alten. Wenn ich es extrem ausdrücken will - ich möchte Sie aber bitten, nicht recht zu verstehen -, dann sagte ich: bei uns müssen die Tugendhaften immer tugendhafter werden, damit die Sünder in ihrer Sünderhaftigkeit nicht zu sehr gestört werden.

(Heiterkeit.)

Ich will damit nicht sagen, daß wir mit der Europäischen Zahlungsunion nicht ein gutes Stück weiterkommen können. Aber wir müssen die Fehler der Konstruktion und die Unsicherheiten, die sich daraus ergeben, klar genug erkennen, um uns der Grenzen bewußt zu werden.

Noch etwas, meine Herren! So groß auch das Warenvolumen ist, das innerhalb dieses Verrechnungskreis einfließt, so bleibt die Europäische Zahlungsunion doch die Gefahr in sich, zu einer gewissen Isolierung von der übrigen Welt zu führen. Das aber würde ich für die dankliche Entwicklung halten. Ich sage schon, daß die Leistungsfähigkeit der EWU wesentlich davon abhängt, daß fortwährend Dollars zu uns her kommen. Nun haben ja die Amerikaner vor einigen Jahren selber die Empfehlungen des Dollar-Berninjo und des Dollar-Bavinto herausgegeben. Das geschah aber unter ganz anderen Voraussetzungen und unter ganz anderen äußeren Verhältnissen. Diese Empfehlungen beruhen nämlich in der That, in der die Amerikaner im Rahmen des Marshall-Plans fortwährend erhebliche Dollarbeträge nach Europa hineinbrachten. Da ist ja nicht mehr zu verkennen, daß Amerika heute nicht mehr Zahlmeister ist, seine Politik fortzusetzen. Wenn Sie im Berninjo-Bericht lesen, wird Ihnen offenkundig, daß die Amerikaner von den Hilfen und Zuschüssen weg und auch die finanziellen Beziehungen zu Europa wesentlich mehr auf kaufmännischer Grundlage entwickeln wollen.

Ich persönlich halte das für sehr vernünftig und sehr gesund. Als ich im Herbst vorigen Jahres in Amerika war, wurde mir sehr schnell klar und in den Besprechungen auch ganz deutlich gesagt, daß Amerika außerordentlich stark daran interessiert ist, sich wieder enger mit Europa zu verbinden; allerdings jetzt nicht in Form von Marshall-Plan-Hilfen oder ähnlichen Zuschüssen, sondern in den wirtschaftlichen Beziehungen. Man hat an uns u.B. doch auch den Wunsch übergetragen, wir möchten in der Liberalisierung nicht nur gegenüber dem europäischen Raum, nicht nur innerhalb der EWU, fortfahren, sondern wir möchten uns auch gegenüber dem Dollarraum einer stärkeren Liberalisierung befleißigen.

7

Damit erhebt sich gleich wieder ein Problem, das die ganze Zielvorgabe deutlich macht. Ich habe den Amerikanern gesagt: "Wir Deutschen sind ja innerhalb der Europäischen Zahlungsunion die einzigen gewesen, die die Empfehlung ausgesprochen haben, die Mitglieder der EZU möchten nicht nur unter sich in stärkerem Maße liberalisieren, sondern alle beteiligten Länder möchten gleichzeitig auch ein größeres Maß von Freizügigkeit gegenüber dem Dollarraum anwenden. Ob diese unsere Empfehlung bis zur nächsten Ratssitzung, also bis März oder April, zu irgendwelchen praktischen Auswirkungen kommen wird, sei dahingestellt; aber jedenfalls war das die deutsche Intention."

Ich sagte den Amerikanern auch: "Wenn wir bereit sind, gegenüber dem Dollarraum in stärkerem Maße zu liberalisieren" - wir haben ja jetzt eine Freiliste gegenüber dem Dollarraum veröffentlicht, die ungefähr 50 % des getätigten Volumens der Gesamteinfuhr freizügig werden läßt -, "dann wird die Konsequenz mit Sicherheit sein, daß wir manche Waren, die wir bisher aus dem EZU-Raum bezogen haben, in Zukunft aus dem Dollarraum beziehen. Ihr Amerikaner müßt euch darüber klar sein, daß unsere Güter in der Europäischen Zahlungsunion, von dieser Seite aus gesehen, dann Gefahr laufen, noch größer zu werden."

Kun, darin liegt doch der ganze Fehler der Konstruktion! Wenn unsere Politik gegenüber diesen beiden entscheidenden Teilen der freien Welt - die Dollarraum und die EZU - zu einer inneren Dissonanz führt, also wenn wir einerseits zwar nach Waren aus dem Dollarraum beziehen oder, wenn wir, mindestens mehr Freizügigkeit gegenüber dem Dollarraum gewähren sollen, gleichzeitig aber eine solche Politik auch zu einer verstärkten Störung innerhalb der Europäischen Zahlungsunion führt, dann ist da doch etwas nicht in Ordnung.

vor Augen zu halten und ihnen die Bedeutung einer richtigen steuerlichen Belastung bzw. die Folgen einer steuerlichen untragbaren Erleichterung darzustellen. Ernste Schwierigkeiten sind bisher ja nur deshalb nicht entstanden, weil vom Jahre 1948 an der Trend der wirtschaftlichen Expansion zunächst so steil nach oben gerichtet war, daß die Wirtschaft in dem Augenblick, da sie die Steuern für einen zurückliegenden Zeitraum entrichten mußte, in der Zwischenzeit ein Volumen erreicht hatte, das etwa 30 bis 40 % höher lag. Auf lang Sicht aber können wir nicht mit einem Zuwachs von etwa 30 bis 40 % rechnen. Deshalb laufen wir Gefahr, daß die Wirtschaft in eine echte Liquiditätsnot gerät. Wir müssen ihr wieder Luft schaffen, wenn wir sie in unser aller Interesse in guter Entwicklung halten wollen.

Der Vorsitzende fasst die Ausführungen des Bundeswirtschaftsministers dahin zusammen, dass er besonders die Verwirklichung einer radikalen Steuersenkung unterstrichen habe. Als Maßnahmen für die Aktie habe er mit Recht als verunzulässig bezeichnet. Mit Recht habe der Minister auch darauf hingewiesen, dass die Nachfrage nach Kapital insbesondere seitens der öffentlichen Hand viel größer als die zu erwartende Angebotsmenge sein werde. Aber auch die Wirtschaft müsse eine Chance zur Finanzierung haben, die sie nur dadurch bekomme, dass man die Möglichkeit schaffe, Aktien zu emittieren. Der Redner unterstreicht die Benachteiligung der Aktie gegenüber der Obligation mit dem Hinweis auf das sich ständig verschlechternde Verhältnis von Kapital zu Kredit. Dieser Trend müsse unter allen Umständen ein entsprechendes Gegenmittel werden.

Der Redner erklärt, bevor die Fragen der Steuerpolitik nicht die ausgereifte Form von Kabinettsbeschlüssen angenommen hätten, wolle er nicht darauf eingehen. Er verweist auf seine diesbezüglichen Ausführungen in der Plenarsitzung des Bundestages vom 5.2.54. In Bezug auf das Kapitalmarktförderungsengesetz, wozu der Bundeswirtschaftsminister die Verabschiedung einer Novelle angekündigt habe, bringt der Redner seine Meinung mit den Worten zum Ausdruck, "dass das Scheusal möglichst bald in der Tiefschlucht verschwinden solle". Zu seiner Freude

in russischen, dann scheint es wenigstens so, als ob der Weg zu einer liberalen Handhabung der amerikanischen Handels- und Zollpolitik etwas freier würde.

Vor auf was wir hier in den Gesprächen mit den Amerikanern ankam, war, ihnen den Gedanken nahezubringen, daß die Konvertierbarkeit der Währungen nicht nur ein Problem innerhalb der Europäischen Zahlungsunion ist, daß es kein Problem ist, das etwa in erster Linie nur von Sterling oder Mark berührt wird, sondern daß es sich dabei um ein Problem der ganzen freien Welt handelt, und daß noch meiner festen Überzeugung eine glückliche Fortführung dieser Politik nur dann gewährleistet ist, wenn Amerika auf diesem Gebiet die moralische und, ich möchte fast sagen, noch mehr die moralische Führung übernimmt. Denn die steht uns in Deutschland ja schlecht an, - nicht etwa, weil ich in dieser Richtung moralische Herkämpfe liebe, sondern weil wir in diesem Verbund zu klein sind, als daß wir mehr als treuen Rat und unsere Mitarbeit zur Verfügung stellen könnten.

Ich muß sagen, ich habe bei den Amerikanern in dieser Hinsicht in überraschend großes Verständnis gefunden. Die Situation war so, daß die Amerikaner fast vor der Frage verzweifeln, ob von Europa her diese Kraft noch leistungsfähig sei. Denn im Frühjahr vorigen Jahres waren bekanntlich die englischen Minister Butler hier mit den Amerikanern, mit dem Trans-Federal Reserve Board, verhandelt und hat ihnen seine englischen Auffassungen über das Problem der Konvertierbarkeit vorgebracht. Nachdem Butler in Amerika war, machten wir ja einen Besuch in London und haben den englischen und den deutschen Standpunkt miteinander abzuklären versucht. Das ist nicht - oder nur, ich möchte sagen, am Ende - gelungen. Es ist Butler aber auch nicht gelungen, die Amerikaner davon zu überzeugen, daß die englischen Vorstellungen von der Konvertierbarkeit eine fruchtbare Ent-

wicklung oder nur eine Lösung dieses Problems ermöglicht werden. Um die Gegensätze zu kennzeichnen, muß ich hinausführen: England wollte lediglich eine monetäre Konvertierbarkeit oder - ich möchte es einmal anders ausdrücken und aus einer anderen Sicht betrachten - es wollte nur die "Ausländer-Konvertierbarkeit", d.h. England wollte denjenigen Ausländer, der in den Besitz von Pfund Sterling gelangt, die freie Konvertierbarkeit zum Dollar gewähren. Aber wieviel Pfund Sterling jemand sollte verdienen können, das zu entscheiden wollten die Engländer in der Hand behalten, indem sie die mengenmäßigen Beschränkungen aufrechterhalten und den Waren- und Dienstleistungsverkehr unfrei hielten. Wir haben keinen Zweifel darüber, daß das ja nur eine Frage von Konvertierbarkeit ist. Wie kann man von Konvertierbarkeit sprechen, wenn ich zwar das Geld konvertierbar mache, aber den Devisenmarkt hält, wieviel Geld jemand trotz ehrlicher Anstrengungen und größter Wettbewerbskraft verdienen kann? Wenn wir in Deutschland von Konvertierbarkeit sprechen, dann meinen wir nicht nur monetäre Freizügigkeit, sondern auch Freizügigkeit auf dem Gebiete des Waren- und Dienstleistungsverkehrs.

Eine Übereinstimmung bestand lediglich hinsichtlich der Auffassung, in bezug auf den Kapitalverkehr werde man noch etwas kurs treten müssen, - obwohl natürlich das Gelingen der Konvertierbarkeit tendenziell um so besser ist, je größer und breiter die Freizügigkeit von Anfang an gesetzt wird. Aber ich glaube, niemand hätte den Mut gehabt, diesen ersten Schritt zu tun und den Kapitalverkehr sozuzugrenzen "von der Leine zu lassen". Also: nur soweit bestand Übereinstimmung.

Amerika war nicht zu überzeugen, daß das ein Fortschritt sei, und man sagte von vornherein: Hier scheint wenig zu

suchen zu sein. Ich kann mir von Deutschland herüber nach
haben das die... es hier erreicht, das sie ihrer Auffas-
sung sehr viel näher waren, das wir eine solche Konvertierung
bereits einstimmig mit uns auch optimistischer als die
Engländer waren. England hatte sein Recht gesehen, es
aber ein sehr, sehr großer Manipulationsfonds geschaffen
werden - spricht: Bereitstellung von Dollars und Gold -,
um diese Entwicklung zurückzuweisen zu können. Ich machte
bewusst keine Ziffern an, aber es handelte sich um in-
derart hohen Betrag, das die Amerikaner von vornherein ent-
fernt ist es nicht ja überhaupt nicht in Frage!

Sie waren dem gegenüber der Meinung - und haben das auch den
Amerikanern deutlich zu machen versucht -, das das, was
England hier angestrebt hat, eine Zehnkalkulation... in
denen. Selbstverständlich, wenn ich von den... in
Stand in der Welt ausgehe, dann gibt es nicht... in
Manipulationsfonds, der amerikanischen Märkte, die... in
reichlich. Dann wenn man diese die Konvertierung
herzuführen und andererseits innerhalb der nationalen
Volkswirtschaften bei allen schiedlichen Bestimmungen will,
dann diese Manipulationsfonds dazu dienen soll, alle Defizite
auszugleichen, die aus einem falschen ökonomischen Ver-
halten resultieren, ja, dann ist es um die Konvertierung
überhaupt geht es, und dann würde ich sagen: Schritte um
den Manipulationsfonds, der hier gemacht worden ist, um
das System zu retten. Dann das wäre gar nicht zu retten.
Die Amerikaner können das Wort jeder nur erst einmal in
seinem eigenen Bereich Ordnung schaffen, um dann zu sagen
kann, eine weltweite Ordnung herzustellen. Wir haben dann
bei den Amerikanern so viel Gehör gefunden, das sie... in
Ja, wir haben ein, das eine Ordnung in der freien Welt und
eine wirkliche Integration ohne ein weltweites System frei
konvertierbarer Währungen nicht denkbar sind.

Hr. Dr. Schuffert meint, wenn man jedes Jahr die Höhe durch eine Steuererhöhung markiere, könne man nicht gerade von "Harte des Wettbewerbs" sprechen.

Hr. Dr. H. G. Ehrhard, Bundesminister für Wirtschaft, entgegnet, er wolle nicht, daß die Steuern erhöht werden müssten, um den Wettbewerb zu erhalten. Sondern dies solle geschehen, damit die psychologische Situation etwas auflockert werde. Die Preise würden durch die derzeitige Steuerpolitik künstlich höher gehalten, als sie sein könnten. In der deutschen Wirtschaft sei noch Platz genug für eine gewisse Expansion.

Der Vernitzener fragt den Bundeswirtschaftsminister, wie er die Chancen beurteile, von auslandser - als Weltbankleihe oder sonstige - langfristigen Geld zu bekommen.

Hr. Dr. H. G. Ehrhard, Bundesminister für Wirtschaft, führt dazu aus, es sei damit begonnen worden, Sperrmarkbeträge bis zu 10 000 M.R.M. zu transferieren, und es sei sogar vorgesehen, diese Beträge weiter zu steuern, um so weit wie möglich Luft zu schaffen. Dies sei auch wichtig für die EZU, um die dortigen deutschen Überschusspositionen auf vernünftige Weise abzubauen. Jeder solche Schritt führe natürlich zu einer größeren Kreditwürdigkeit. Die deutsche Position in der EZU sei nicht zuletzt deshalb so günstig, weil viele zur Mark hinranne und niemand sich gern von der Mark löse. Der Markt verhalte auch in diesem Zusammenhang auf den Kapitalmarkt, in dem gesagt werde, keine Regierungshilfen mehr, auch keine Kredite von Akt zu Akt, sondern Umschichtung auf den privaten Kredit- und Kapitalmarkt. Dem amerikanischen Kongress sei in dem Bericht empfohlen worden, durch steuerliche Maßnahmen im inneramerikanischen Gebiet einen "Preis zu schaffen, aus dem sich das amerikanische Kapital für das Ausland interessiere. Wenn diese Politik im amerikanischen Kongress eine Unterstützung finde, sei auch der Weg für private Kapital- und Kredittransaktionen durchaus gegeben. Deutschland stehe - vom Standpunkt der amerikanischen Geldgeber aus - ziemlich am Anfang der Kapitaltransaktionen und auch Kredittransaktionen. Bezüglich der Weltbankleihe sei eine groteske Situation eingetreten. Deutschland erziele über die EZU wesentlich überschüssig von 40 bis 50 Millionen Dollar, wovon die Hälfte kreditiert werde, und andererseits unterhalte man sich mit der Weltbank über einen Kredit von 20 Millionen Dollar. Von einer Dollarknappheit könne in Deutschland nicht die Rede sein. Das Gespräch wegen der Weltbank-

Kredite sei deswegen noch nicht zum Abschluss gekommen, weil die Weltbank für die Kreditgewährung Bedingungen gestellt habe, die im Interesse der Kreditwürdigkeit Deutschlands nicht angenommen werden könnten. Der Kredit der Weltbank sei nach den Grundsätzen fixiert, die sicherheitsmäßig gegenüber unterentwickelten Ländern angewandt werden müssten.

Abg. Cuffert bemerkt zur Frage der ausländischen Kredite, dass natürlich die mögliche Konvertierbarkeit und die mögliche Härte der Forderung eine Voraussetzung für diese Kreditaufnahme darstelle. Das Problem der Kapitalflucht solle in diesem Zusammenhang nicht dramatisiert werden, unter keinen Umständen dürfe aber wieder eine Situation wie die des Jahres 1930/31 entstehen. Es müsse rechtzeitig vorbeugt werden, damit nicht der Zustand eintrete, daß Deutschland sehr hohe Auslandsschulden habe und insbesondere in großem Umfang die entsprechenden deutschen Guthaben wieder im Ausland fließen. Der Zustand der Unternehmen habe sich damals als sehr wenig krisenfest erwiesen.

Dr. Fr. Hoffmann, Bundesminister für Wirtschaft, führt aus, die obige Frage berühre das Problem der Konvertierbarkeit. Amerika habe den endgültigen Plan der Konvertierbarkeit seinerseits - nach seiner Ansicht zu Recht, nicht zu erkennen, denn England habe unter Konvertierbarkeit zwar ein System verstanden, das rein monetär die Freizügigkeit eröffne, diese Freizügigkeit sei aber dadurch praktisch wieder ausgeschlossen worden, durch mengenmäßige Beschränkungen, güterwirtschaftliche Restriktionen und Manipulationen aufrechterhalten bleiben sollten. Zudem habe England von Amerika die Errichtung eines Stabilisierungsfonds in einer Größenordnung verlangt, die unüberwindlich jeder Diskussion in Amerika gestanden wäre. Wer konvertiere, müsse sich darüber klar sein, dass er in seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik eben an gewisse strenge Grundsätze und eine innere Disziplin gebunden sei. Er, der Redner, habe in England mit John Maynard Keynes über seine Vorstellungen von Konvertierbarkeit - nämlich monetäre und güterwirtschaftliche Freizügigkeit - verhandelt. Man sei sich darüber einig gewesen, daß man, so wünschenswert es sei, sofort den freien Kapitalverkehr zu eröffnen, doch aus Vorsicht und Erfahrung noch eine gewisse Bremsung einbauen solle. Selbst die Amerikaner hätten sich in im November

In früheren Gesprächen war ausgedrückt, eine gewisse Bindung in Bezug auf die Freiheit des Kapitalverkehrs noch bestehen zu lassen. Andererseits habe Klarheit darüber bestanden, daß in den USA in den letzten Jahren eine großzügige Politik in dieser Beziehung verfolgt wurde, die die Tendenz zur Kapitalflucht natürlich zurückgedrängt werden konnte. Wenn auf privates ausländisches Investitionskapital in Deutschland Wert gelegt würde, müsse es natürlich hinsichtlich des Zinseszinses und der Amortisation frei sein, und in dem Augenblick, in dem eine Kapitalkapital fällig würde, müsse auch die absolute Sicherheit und rechtliche Garantie bestehen, dass dann die eingegangenen Verpflichtungen eingehalten würden.

Abg. Dr. Pfordt macht darauf aufmerksam, dass die Schwierigkeiten im Jahre 1931 deshalb eingetreten seien, weil die rund 6 Milliarden kurzfristige ausländische Schulden gekündigt worden seien.

Abg. Dr. Till geht auf das Problem der hohen öffentlichen Guthaben ein. Ein Teil der genannten Summe von 9 Milliarden stehe allerdings im Zusammenhang mit nicht abgerufenen Besatzungskosten, aber das weitens überwiegende Gewicht sei auf die Guthaben zu legen, die die Länder und Gemeinden hätten. Es stehe nun die Frage, ob es möglich sei, diese Guthaben durch Änderung der Gesetzgebung etwas zu reorganisieren. Die künftigen Mittel rührten aus der Gewerbesteuer usw. her.

Abg. Dr. Pfordt bemerkt dazu, wenn man seitens der Länder die Gesetze beachte, sähe die Sache anders aus. Die Länder punkten ihr Geld nicht in dem Notenbanksystem in die Staatsbanken und Zentralbanken hinein.

Der Vorsitzende fügt hinzu, die die Anlage der öffentlichen Gelder betreffenden Bestimmungen seien vielfach missverstanden worden. Sinn dieser Bestimmungen sei ja, die Kassamittel der öffentlichen Hand, die in den Geschäftsbanken geldschöpfend arbeiteten, fülle eine gewisse Geldflüssigkeit besteht, in das Notenbanksystem abzuziehen und dadurch die Geldmenge zu verringern. Heute sei es so, daß die Notenbanken den Einfluss auf den Geldmarkt fast verloren hätten, was dadurch zum Ausdruck kam, daß sie nur noch geringe Portefolios hatten. Das beruhe darauf, daß die öffentlichen Gelder über Zentralbanken und sonstige Organisationen geldschöpfend tätig seien.

32 7-11-

immer weitere Räume einzuweichen und die Möglichkeit erhalten, immer rationaler zu wirtschaften und dort zu kaufen, wo wir am billigsten und besten bedient werden, und dort zu verkaufen, wo wir die besten Möglichkeiten finden.

Ich habe auch den Amerikanern gesagt: Wenn wir mit eurer Hilfe und vor allen Dingen auf der Grundlage freier konvertierbarer Währungen zu der Integration kommen, dann wird sich erst zeigen, welche Entwicklungschancen in den europäischen Volkswirtschaften noch liegen. Ich darf darauf verweisen, daß das Sozialprodukt im Durchschnitt der europäischen Länder - berechnet in der Relation zu Amerika - ungefähr 30 % der amerikanischen Leistung ausmacht. Das ist meiner Ansicht nach kein gelungener Zustand, sondern es sind bestimmte Erscheinungen, bestimmte Ursachen, Lücken und bestimmte Fehler verantwortlich zu machen, in erster Linie natürlich der Fehler der allzu starken Isolierung der europäischen Volkswirtschaften, der zu geringen Arbeitsteilung, der zu geringen Produktivität und der zu engen Märkte. Die Europäische Zahlungsunion ist gut, soweit sie uns in dieser Richtung zu einer Befreiung führt, und sie ist schlecht, soweit wir in dieser Hinsicht nicht über die Grenzen hinwegkommen, die ich vorher gekennzeichnet habe.

Lassen Sie mich nun noch ausführen, wie ich mir die Entwicklung vorstelle. Ich sagte den Amerikanern: Wenn wir in einem möglichst breiten Rahmen auf der Grundlage konvertierbarer Währungen wirklich zu der Integration kommen, dann wird die amerikanische Handelspolitik ganz anders aussehen können, denn dann kann erwachen ihr in Europa 250 Millionen potentielle Konsumenten, die nach ihrem zivilisatorischen Standard und nach ihrer Erziehung und Kultur, durchaus bereit und in der Lage wären, mehr und mehr amerikanische Waren aufzunehmen. Dann würdet ihr auch nicht Sorge

zu haben brauchen, daß wir eine Art Dumping treiben, weil wir - immer aus der amerikanischen Sicht - die niedrigsten Löhne haben, die auf niedrigeren Löhnen basiert sind. Die niedrigen Löhne sind doch bei uns nicht durch bewußte Senkung herbeigeführt. Wir haben doch in Europa nicht die niedrigen Löhne, um bei euch dumpfen zu wollen, sondern die niedrigen Löhne sind eine tragische Folge der europäischen Zerrissenheit und der Unzulänglichkeit der Produktivität, die sich daraus ergibt. Helft uns, diesen Zustand zu überwinden, dann braucht ihr nicht Angst zu haben, daß wir aus Europa zu einer Störung eures eigenen Gleichgewichts führen. Wenn wir diesen Weg nicht gehen, stoßen wir aber wieder auf Barrieren." - Das haben die Amerikaner aber nicht gemerkt. Da wird nicht deshalb von heute auf morgen eine Zentimeter um 180 Grad vollzogen; aber ich möchte glauben, daß die Gedanken dringen doch langsam aber sicher durch. Jedenfalls dürfen wir nicht einen Augenblick erlähmen, in dieser Politik fortzuführen.

So sehe ich die Verhältnisse in diesem Augenblick. Ich bin bezüglich der Entwicklung des Jahres 1954 ebenso vorsichtig wie Herr von Koltzen, wahrscheinlich etwas vorsichtiger noch, das kann ja nicht anders sein.

(Heiterkeit.)

Die nötigen Voraussetzungen sind uns bekannt. Die beste Lösung zur Überwindung unserer starken Überflüsse in der Europäischen Zahlungsunion würde natürlich die sein, wenn wir über eine innere Expansion in die Lage versetzt wären, unsere Importe zu steigern. Ich meine - so primitiv das auch natürlich nicht -, daß wir jemanden veranlassen sollten, Rohstoffe und ähnliche Dinge nur dem Ausland auf Lager zu nehmen, bloß um den Aktivsaldo abzubauen. Wir müssen in der inneren Expansion aber auf jeden Fall weiter fortführen.

Wenn wir darin Erfolg haben, wird sich eine Steigerung unseres Importeinfuhr automatisch ergeben.

Ich darf noch - das ist nicht uninteressant - darauf verweisen, daß wir im Jahre 1953 bei einer Steigerung der Industrieproduktion von 6,3 % nur - in Zunahme der Investitionsgüter, der Kapitalgüter, von 2,8 % festgestellt wurde, während unsere Verbrauchsgüterproduktion um 10,5 % zugenommen ist.

Man sollte sich fragen wollen, welchen Wert ich für den Staat halte, um in der expansiven Wirtschaftsentwicklung zu bleiben und um damit auch die konjunkturpolitischen Ziele zu erreichen, denn muß ich gegen das Inflationrisiko die Inflationsbremse der Steuererhöhung. Darin liegt nach meiner Ansicht alles. Wir sind uns sicher in einer glücklichen Position, wenn wir haben sowohl Arbeitskräfte, die auch beschäftigt werden frei, und unser Kreditpielraum ist potentiell durchwegs nicht so beschränkt, daß wir von dieser Seite aus nicht expansiv Wirtschaften oder auch Industriepolitik treiben könnten.

Der Dezember-Bericht der Bank deutscher Länder enthält eine interessante Statistik, aus der hervorgeht, daß z.B. die Abflüsse aus dem Bankensystem vor drei Jahren um 4,9 Milliarden größer gewesen sind als die Einlagen in Bankensystem. Von Jahr zu Jahr ist eine Abflachung einsetzend, bis im Jahre 1953 nicht mehr Mittel für Kredite und Anlagen aus dem deutschen Bankensystem herausgeflossen sind, die gleichzeitig auch Einlagen getätigt worden sind. Das Bild ist fast vollkommen. Hier ist also ein gewisser ungenutzter Kreditpielraum. Das bei einer derart dynamischen Entwicklung, wie wir sie in Deutschland zu verzeichnen haben, ist es eine durchaus legitime Erscheinung, daß der Bankensystem eine Krediterschöpfung Platz greift, wenn

zur die übrigen volkswirtschaftlichen Grundlagen gegeben sind. Die aber sind bei uns gegeben -stens in der Möglichkeit, mehr zu importieren, zweitens in dem Kräftepotential - sowohl in bezug auf die Menschen als auch auf die Maschinen - und vor allen Dingen in dem Bedürfnis der Volkswirtschaft, sei es von der Unternehmungswirtschaft aus, sei es von der Verbrauchswirtschaft aus.

Woran krankt nun die Verhältnisse? Die Banken kommen allmählich in eine Situation, in der sie bei ihren Ausleihungen außerordentlich vorsichtig sein müssen. Das Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital in den Unternehmen fängt allmählich an, sich unkorrespondierend zu verhalten. Jede ausleihende Bank sagt sich: Kann ich es verantworten, Kredite zu vergeben? Die Unternehmer sagen sich entsprechend: Im Zeichen der Konjunktur und des Käufermarktes sind die unternehmerischen Umsätze so stark im dahinschmelzen begriffen, die Liquidität der Unternehmen ist außerordentlich beschränkt, und dazu noch die überhöhten Steuern; wir haben ja überhaupt keine Chance mehr, aufgenommene Kredite zurückzubehalten. Wir haben nach kaum Chancen, diese Kredite zu konvertieren, ehe nicht der Aktienmarkt in Ordnung gebracht ist.

Ich glaube ich, daß eine Steuerreform d.h. die Einkommen- und Körperschaftsteuer eine Krisenkur ist, die nicht etwa nur unsere Unternehmungswirtschaft berührt, sondern auch in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht heute das zentrale Problem darstellt und bis in die Gestaltung unseres Außenhandels und unserer Außenhandelspolitik hineinwirkt.

(Beifall rechts.)

Wenn wir mutig genug sind, den Weg der Expansion weiterzugehen - und ich muß sagen: ich bin es unter allen Umständen, und ich treibe voran, wo ich überhaupt nur vorantreiben

kann, und wenn die Herrschaften über die Steuerpolitik er-
öffnet sind, dann ist mir vor der Entwicklung nicht brennend.
Dann kann man sich auch in unserem Außenhandel zu wei-
teren Erfolgen kommen, und dann besteht auch Chancen, daß
trotz der Expansion und trotz der Anstrengungen zur Stei-
gerung unseres Exports keine gefährlichen Situationen wie
durch Überhöhung unserer Aktivitäten entstehen, und dann
werden wir schließlich auch noch unseren Importbedarf erhö-
lich steigern können.

Das Jahr 1954 wird überhaupt in mancher Hinsicht eine ge-
wisse Bereinigung von Arbeit bringen. Denn mit der Bedie-
nung des Londoner Schuldenabkommens und mit der tendenziö-
sen Auflösung der Sparwerk sind natürlich recht erhebliche
Devisenforderungen verbunden, wir haben sie aber im wesent-
lichen befriedigt, weil wir damit nicht nur die Inflation vermindert
haben und die Konvertierbarkeit hergestellt, sondern natürlich
auch in der Zeit in stärkerem Maße kreditwürdig geworden.

(Zustimmung rechts.)

Damit schwindet aber eine Expansionskraft. Der Außenhandels-
Umsatz betrug 1953 nach den vorläufigen Ziffern nicht
2,3 Milliarden, sondern 2,6 Milliarden, und in der Folgezeit
wird die Rechnung in der EZU bei fortgesetzter Gold-
schöpfung Platz greifen. Das war ja auch mit dem Grund,
weshalb ich im Jahre 1953 so stark in die Expansion hinein-
gedrängt habe, nicht zuletzt auch in die Verbrauchstei-
gerung. Ich sagte mir: wenn wir in unserer wirtschaftlichen
Entwicklung nicht expandieren können, dann wird der fort-
dauernde Zustrom und die Verflüchtigung unseres Geldvermögens
durch die Überschüsse naturgemäß wie Inflationistiken
Züge annehmen, aus denen muß eine stark expansive Kraft ent-
gegengesetzt werden.

Das was gelungen ist, kann nicht gemessen werden. In gewisser Hinsicht war die Entwicklung des Jahres 1953 sehr gut. Bei steigendem Verbrauchsvolumen und höheren Einkommen ist tendenziell ein leicht absinkender Preistrend zu verzeichnen. Diese Entwicklung beizubehalten, muß unsere Politik auch für 1954 sein. Wenn aber die expansive Wirkung von den Zahlungsbilanz-Überschüssen innerhalb der EZU-Verbindungen schon gekennzeichneten Gründen nicht mehr ausreicht, dann müssen wir bereit sein, unter Umständen die Expansivkraft aus der Vermehrung des Bewegungsspielraums, aus der Unternehmenswirtschaft und aus einer Stärkung der Konsumkraft zu erreichen. Damit sind mehrere Ansätze auch für 1954 vorauszusetzen geschaffen, um auf der bisherigen Linie erfolgreich fortzufahren zu können.

(beifällig.)

(Ende der stenographischen Aufnahme: 16 Uhr 26 Minuten.)